



«Wer Werkzeug an eine Demonstration mitführt, hat klare Absichten»

Die Zertifikatsgegner bereiten dem Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause Sorgen.

Ungefähr 200 Personen versuchten gestern, das Bundeshaus zu stürmen. Es musste ein Wasserwerfer eingesetzt werden. Wie haben Sie die Situation erlebt?

Reto Nause: Es wurde klar eine rote Linie überschritten. Schon der Umzug durch die Stadt war sehr aufgeladen, es gab Pöbeleien und Schlägereien mit den Passanten, auf dem Bundesplatz ist die Situation dann eskaliert.

Was ist passiert?

Ich war vor Ort und stand hinter dem Zaun, die Stimmung war sehr aggressiv, die Demonstranten warfen Flaschen, Büchsen und Böller. Ich mag mir gar nicht ausmalen, was passiert wäre, wenn es die Sperre nicht gegeben hätte. Der Stadtberner Gemeinderat verurteilt diese Gewalt aufs Schärfste. Der Zaun wurde massiv beschädigt, und es wurden Schrauben gelöst. Um den Zaun so zu beschädigen, braucht es mehr als nur zwei, drei Chaoten. Und wer Werkzeug an eine Demonstration mitführt, hat klare Absichten.

Können Sie sagen, wer die Protestierenden waren?

Die Bewegung ist sehr breit, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern. In den Foren kursieren Fantasien, dass man das Bundeshaus stürmen müsse, so wie das beim Capitol in Washington



Der Berner CVP-Sicherheitsdirektor Reto Nause.

Bild: Keystone

passiert ist. Das Links-rechts-Schema greift nicht.

Es sind aber auch Personen bei diesen Kundgebungen dabei, die einfach gegen die Zertifikatspflicht demonstrieren oder sich nicht impfen lassen wollen, oder?

Ja, es ist nur ein Teil der Bewegung, der sehr radikal unterwegs ist. Der andere Teil läuft mit und dient den Gewalttätigen als Schutzschild. Was mir auch auffällt: Es ist fast kein Dialog mehr möglich.

Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Ich war schon bei unzähligen Kundgebungen dabei und versuche immer, mit den Leuten zu sprechen. Die Fronten werden aber immer mehr verhärtet.

Sie machen diese Beobachtung seit der Ausweitung der Zertifikatspflicht?

Die grösste Kundgebung fand am gleichen Tag statt wie der Bundesratsentscheid. Seither kommt es immer wieder zu unbewilligten Demonstrationen. Bereits wird erneut zu einer Kundgebung in Bern aufgerufen für nächsten Donnerstag, auch wieder unbewilligt. Ich bin sehr besorgt.

Stimmt es, dass die Protestierenden «Ueli» riefen?

Ja, ich glaube, dass ich das auch gehört habe. Vor allem aber riefen sie den Slogan «Liberté».

Was muss der Bundesrat tun?

Ich bin Kommunalpolitiker und diktiere der Landesregierung nicht, was sie zu tun hat. Ich sage nur: Das ist eine gefährliche Entwicklung, die man unbedingt stoppen muss, bevor Schlimmeres passiert.

Interview: Nina Fargahi

Zertifikat: Flaute im Abstimmungskampf

Parteien fehlen die Kriegskasse und die Motivation, um die Massnahme zu verteidigen.

Corona Wie gut die Gegner der Covid-Massnahmen mobilisieren können, sucht in der Geschichte der direkten Demokratie seinesgleichen. Im Nu hatten die «Freunde der Verfassung» 187 433 Unterschriften für das Referendum gegen das Covid-Gesetz gesammelt. Können die Impf- und Massnahmegegner auch Ende November gegen das Covid-Gesetz so gut mobil machen? Können sie es bodigen?

Jedenfalls steht ihnen ein derzeit schwacher Kontrahent gegenüber. Die Befürworter der Zertifikatspflicht stehen noch am Anfang. Niemand übernehme das Lead bei der Abstimmung, heisst es von verschiedenen Seiten. SP, GLP, FDP und die Mitte werden sich engagieren. Doch eine grosse Kampagne stemmen? SP-Co-Präsident Cédric Wermuth sagt, die Partei habe sich klar positioniert und sie habe einen Bundesrat, der im Dossier federführend sei. Die Kampagne müsse aus der bürgerlichen Mitte hervorgehen. Wermuth: «Aber es scheint – wenn überhaupt – sehr zögerlich vorwärtszugehen.»

Kein Kernthema und keine Ressourcen

Die Parteien sehen Handlungsbedarf. «Wir müssen alle einen Beitrag leisten und können das Feld nicht einfach den anderen Gegnern überlassen», sagt GLP-Chef Jürg Grossen stellvertretend. Nur: «Wir haben nicht die Mittel für eine grössere Kampagne.» Nationalrätin Ruth Humbel (Mitte/AG) sagt, es fehle das Geld und die Unterstützung der Wirtschaftsverbände.

Tatsächlich wollen sich diese nicht im Abstimmungskampf engagieren, wie Michael Wiesner von Economiesuisse bestätigt: «Wir haben keine Kampagne vorgesehen. Das Covid-Zertifikat gehört nicht zu unseren Kernthemen.» Ausserdem sei es auch eine Frage der Ressourcen. Auch die Gewerkschaften sehen keinen Grund, Geld in die Abstimmung zu investieren. «Das Covid-Gesetz hat für uns keine Priorität», sagt Adrian Wüthrich von Travailsuisse. «Das Zertifikat ist ein Element, das wir im Kampf gegen die Pandemie unterstützen. Aber wir hoffen vor allem, dass wir es möglichst bald wieder abschaffen können.»

Kampf um eine Massnahme, die keiner will

Klar, das Zertifikat ist nicht sexy, niemand will die Einschränkungen im Privat- und Wirtschaftsleben eigentlich. FDP-Vizepräsident Andrea Caroni

(AR) sagt dazu: «Auch wir würden gerne auf diese Pflicht verzichten, aber es ist das kleinere Übel im Vergleich zu den anderen Massnahmen.»

Die FDP hat als einzige Partei bereits finanzielle Mittel gesprochen. «Wir haben die Abstimmung in der zweithöchsten Kategorie von vier eingestuft und werden uns dafür einsetzen», sagt Caroni. Er erwarte aber, dass andere Parteien auch mitziehen.

Aufgeheizte Stimmung führt zu Zurückhaltung

Die Politiker sehen der Abstimmung durchaus optimistisch entgegen – fast 70 Prozent der impffähigen Bevölkerung sind geimpft. Trotzdem schätzen sie die Folgen eines Absturzes als fatal ein. Caroni: «Das Zertifikat ist die Garantie gegen Schliessungen.» Es erstaune ihn daher, dass sich die Wirtschaft nicht engagiere. Ohne sie wird eine grosse Kampagne schwierig.

Die Zurückhaltung unter Politikern hat einen weiteren Grund: «Die gereizte Stimmung macht es momentan etwas schwerer, öffentlich anzutreten. Darum ist die Motivation wohl bei einigen etwas geschmälert», sagt Grossen. Das sehen auch Caroni, Wermuth und Humbel so. Die verbreitete Hoffnung: Dass mit der häufigen Anwendung des Zertifikats nun auch dessen Akzeptanz steigt.

Anna Wanner

«Es fehlt das Geld und es fehlt die Unterstützung seitens der Wirtschaft.»

Ruth Humbel
Präsidentin Gesundheitskommission (Mitte/AG)

